

den Mediensituation nicht durchzusetzen. Ich habe das Spiel ganz klar gegen die Medien verloren, gegen niemand anderen. Ursprünglich wollte ich Berufung einlegen. Aber nach dem Urteil sind wir alle bis spät in die Nacht zusammengesessen, und schliesslich habe ich entschieden: Ich gehe ins Gefängnis. Es war einfach eine Abwägung der Situation. Denn bei einer Revision wäre es wieder Jahre gegangen, und im Fall einer erneuten Verurteilung sässe ich heute noch im Gefängnis.»

Uli Hoeness über die Erfahrung aus der Gefängniszeit:

«Ich habe vieles erlebt, über das ich nicht sprechen möchte. Aber ich habe Erfahrungen fürs Leben gemacht. In dieser schwierigen Zeit habe ich mich so verhalten, wie ich das immer tue: Auf Menschen zugehen, mich der Situation anpassen. Das grösste Lob habe ich von der Gefängnisdirektorin erhalten, als ich freikam. Sie sagte: ‚Sie sind der erste, der hier rausgeht und zwei Fanclubs hat: Zum einen die anderen Insassen, zum anderen die Beamten.‘ Das war für mich das schönste Kompliment.»

«Wir wollen das Fussballerlebnis auch den sozial Schwächeren ermöglichen.»

Uli Hoeness über die Nachfolge von ihm und Karl-Heinz Rummenigge:

«Ich bin gerade 65 geworden, meine Gefängnisjahre zählen nicht, also bin ich gewissermassen erst 63. Ein grosses Land wie Amerika hat sich gerade einen 70-Jährigen als Präsidenten geleistet. Daher habe ich doch die Hoffnung, dass der FC Bayern sich mich noch einige Jahre an der Spitze erlauben darf. Aber Spass beiseite: Rummenigge und ich sehen es als unsere wichtigste Aufgabe, unsere Nachfolge in den nächsten drei bis fünf Jahren sauber zu regeln. In meiner eigenen Firma habe ich das geschafft, ich habe meine Anteile vor einigen Jahren meinen beiden Kindern übertragen. Das ist bestens gelaufen, man muss nur die richtigen Leute finden. Das ist unsere Aufgabe neben dem Tagesgeschäft. Man sagt immer, neben Rummenigge und mir könne man niemanden aufbauen, der würde zerrieben. Dabei kann einem doch nichts Besseres passieren als uns als Lehrmeister zu haben. Denn wir müssen nichts mehr werden, wir wollen niemandem etwas wegnehmen. Aber Leute, die das können, die es vielleicht nicht genau so machen wie wir, aber ebenso erfolgreich, die wachsen nicht auf den Bäumen.»

Text: Stefan Millius

Bild: Stéphanie Engeler

Mehr Selbstbewusstsein bitte!

Die Schweiz lässt sich wieder einmal vorführen und einzelne Politiker und Medienschaffende mit kurzer Gedächtnis-Halbwertszeit betätigen sich dabei freudig als Helfer.



von Walter Locher

Nach der Verhaftung eines Schweizer Nachrichtendienstmitarbeiters verlangte die deutsche Regierung anfangs Mai von der Schweiz rasche Aufklärung in der angeblichen Spionageaffäre. Die Schweizer Botschafterin wurde sofort ins Aussenministerium in Berlin zitiert.

Der verhaftete Schweizer Mann sollte herausfinden, welche Personen in und ausserhalb der Banken den Deutschen gestohlene Banken-CDs verkauft haben. Ob er und seine Vorgesetzten dabei alles richtig machten und ob er dazu der richtige Mann war, wird sich weisen. Fest steht einfach: Der Handel mit gestohlenen Bankdaten verletzt schweizerisches Recht. Noch 2010 verurteilten die bürgerlichen Parteien der Schweiz die Möglichkeit, dass die deutsche Regierung durch Bezahlung an gestohlene Bankdaten komme. Verlangt wurden auch strafrechtliche Schritte gegen mutmassliche Datendiebe und deren Helfer. Bisher haben die deutschen Steuerbehörden immer wieder Datenträger gekauft, die aus Schweizer Banken gestohlen waren, um deutsche Steuerhinterzieher zu ermitteln – allen voran Nordrhein-Westfalen, das seit 2010 elf Steuer-CDs erworben hatte. Die Schweizer Ermittler erhielten trotz Amtshilfeersuchen bisher keine Auskunft zur Rolle deutscher Steuerbeamter. Ganz anders nun Deutschland anfangs Mai 2017. Nach der Verhaftung des Nachrichtendienstmitarbeiters wurde die Schweizer Botschafterin in gespielter Empörung sofort ins Aussenministerium berufen. Der Fall müsse «bis ins Letzte aufgeklärt werden». Niemand entrüstete sich dagegen über die Ankündigung des SPD-Finanzministers von Nordrhein-Westfalen, Walter Bojans vom 13. April 2017, dass er seine (Hehler-)Tätigkeit durch den Verkauf der Daten-CDs auch an die übrigen 27 EU-Staaten weiterführen werde.

Es wäre an der Zeit und im Landesinteresse, dass nun auch die Schweiz einmal den deutschen Botschafter ins Aussendepartement zitiert, um die schleppende Rechtshilfe im Zusammenhang mit dem Datendiebstahl und die Weitergabe der widerrechtlich erworbenen Daten an die Rest-EU zu verurteilen.

Selbstbewusstsein und Verteidigung nationaler Interessen sind dringend notwendig.

Walter Locher ist FDP-Kantonsrat des Kantons St. Gallen